

Wien. Städtisches.

Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Vormittags-Sitzung vom 26. Juni.

Die Ausschüß-Organe verständigen sich mit den Händlern, wofür er ein Beispiel bei einem Fleischer anführt, das ihn selbst betroffen habe. Er trägt daher darauf an, über sämtliche Vidualien zu wachen, und dem Volke Garantien zu geben, daß ihm ordentliche Lebensmittel verkauft werden. Obst, Gemüse u. d. g. werden in einem sehr schlechten Zustande zu Markte gebracht, daher möge sich eine Kommission mit den Mitteln, wie die Marktplätze zu beaufsichtigen seien, beschäftigen; möge sich mit ehrlichen Leuten aus jenen Gewerben, die sich mit Zubereitung und Verkauf der Lebensmittel beschäftigen, verstärken. Auch die alte Marktpolizei dürste ihr manchen guten Wink geben können. *Barhanel* glaubt ebenfalls, der Kornpreis schraube den Mehlspreis, und der Mehlspreis den Brotpreis in die Höhe. *Wimmer*: Das Uebel liege darin, daß der Getreidehandel nach Ungarn gezogen werde. In *Wieselburg* werden fixe Preise gemacht, mit denen die Getreidehändler nach Wien kommen. Wollte man dem Uebel steuern, so müsse in Wien ein Getreidemarkt errichtet werden. Die Mehlerzeugung wiederum habe seit einigen Jahren sich außerordentlich vervollkommen; es werde ein weit größeres Quantum Auszugsmehl als früher erzeugt; der zurückgebliebene Theil des Mehles hingegen ermangle alles Nahrungskostes, so daß der Bäcker, wenn er gutes Brot backen wolle, Auszugsmehl dazu nehmen müsse, er könne daher bei der Sägung nicht bestehen; das beste Mittel wäre die Bäckerei freizugeben und von Staatswegen Getreidemagazine, Nationalmühlen und Nationalbäckereien zu errichten, denn man könne dem Müller keine Sägung auflegen; außer dem beherrsche die Dampfmühle die Mehlmärkte, da sie in sich eine große Kraft vereinige, über große Mitteln herrsche und Kredit geben könne. Das auf der Dampfmühle erzeugte Mehl aber sei im Preise sehr hoch, so daß die Wassermühlen auch bei theuren Preisen immer billig zu sein, vorgeben können. (Allgemeiner Beifall.) *Ficia*: Alle diese Vorschläge seien gut, doch könnten sie erst nach einiger Zeit ausgeführt werden. Wir aber brauchten Mittel, wie dem momentanen Uebelstande abzuhelfen sei. *Telkamps* will Strafen für die Marktaufseher, wenn die Vidualien schlecht sind. Man solle sie in diesem Falle mit Dienstentsetzung bestrafen. Ein Ausschüßmitglied fragt: ob denn die Bäcker, als die Getreidepreise niedriger waren und sie selbst nach Ungarn einkaufen gingen, billiger Brot gebacken hätten. *Goldschmid*

hält die Getreidemärkte schon darum für wichtig, weil ein Zufließen von Fremden entstehen würde, welches der Stadt immerhin bedeutenden Vortheil bringen dürfte. Die Errichtung von Dampfmühlen aber, hält er nicht für überflüssig, weil die Wassermühlen im Winter nicht arbeiten können. Da aber die Dampfmühlen trotz dem höheren Preise ihres Mehles mehr Absatz haben, als die Wassermühlen, so könne dieses nur dadurch geschehen, daß sie Kredit geben, und sie seien mithin nicht mehr überflüssig. *Dr. Gruby*: Ein Fruchtmarkt in Wien besteht bereits, werde aber wenig besucht, weil eine so große, in einem Punkte konzentrirte Bevölkerung, wie die Wiens, nicht aus der Umgebung versorgt werden könne. Wir nehmen unser Getreide meist aus dem Banate; dem dortigen Bauer sei es nicht möglich, sein Getreide nach Wien zu führen, es müsse ein Zwischenhandel entstehen, und dem Kornwucher könne nur durch die Errichtung der Getreidemagazine von Seite des Staates entgegengetrieben werden. Auch er rath für Freigebung des Brotpackens und für Errichtung von Staatsbäckereien, welche jedoch wie in Belgien, nur das Ausmaß des Brotpreises angeben, indem sie nur so lange arbeiten, bis die andern Bäcker eben so billiges Brot, wie sie, herbeischaffen. Es sei aber zu schwierig diesen Gegenstand in voller Versammlung zu behandeln, daher man dazu eine Kommission ernenne. *Wimmer* verteidigt die Bäcker, da sie in den vorigen Jahren der Theuerung sehr große Opfer gebracht haben.

Telkamps ist gegen die Errichtung von Staatsbäckereien, weil Niemand mit solchen Anstalten, die ohne Profit arbeiten, konkurriren könne. Den Fruchtmarkt in Wien findet er darum von so geringer Bedeutung, weil das Getreide sogleich beim Eingange den Zoll entrichten müsse, wenn es auch noch lange unverkauft da lege.

Dieserhalb werde es hinter der Grenze zurückgehalten. Er will also, daß ein großer Produktenhof errichtet werde, wo das aus Ungarn gebrachte Getreide niedergelegt werden könne, ohne daß einstweilen Zoll entrichtet werde, bis es von dorten herausgeholt wird. Es wird eine Kommission ernannt, welche alle diese Vorschläge prüfen, und dann Bericht erstatten sollte. Um dem augenblicklichen Uebelstande abzuhelfen, findet der Präsident rathlich, die Marktpolizei zu verbessern, und will zu dem Ende, daß ein Deputirter mit zwei Nationalgarden die Bäckereien untersuche. *Goldschmid* findet dies für unthunlich, weil

die Kommission schon von Weitem kenntlich sein würde, und die Viktualienhändler sich dessen versehen könnten. **Wimmer** macht den Vorschlag, das Brot nach dem Pfunde zu verkaufen; das Pfund kenne Jeder, die Sägung nicht. Der Präsident sagt, daß hiermit nur für die richtige Quantität, nicht aber auch für die gehörige Qualität des Brotes gesorgt sein würde. **Wimmer**: Die gehörige Qualität zu eruiren, sei unmöglich, so lange die Müller nicht verhalten werden, vorschristemäßiges Mehl zu malen; doch könne man bestimmen, daß die Bäcker nur zwei Gattungen, und kein Extrabrot backen sollten, welches weder bestimmte Qualität noch bestimmtes Gewicht hat. **Innhäuser**: Die Qualität zu verifiziren sei unmöglich; auch die Farbe entscheide nicht, man möge sich mit dem Gemeindeausschuß in's Einvernehmen setzen, und eine Art Jury zur Entscheidung hierüber bilden. **Gräff** will Einkäufe von Seite der Kommune oder des Staates auf zwei Monat, und Verpflichtung der Müller, einen gewissen Theil zu malen. **Leischel** wendet gegen den Vorschlag, das Brot nach dem Gewichte zu verkaufen, ein, daß das altgebackene Brot weniger wiege als das neugebackene. **Goldschmid** will, daß der Gemeindeausschuß aufgefordert werde, Mitglieder zu entsenden, die sich mit Mitgliedern dieses Ausschusses plötzlich zu den Bäckern begeben, das Brot nach Gewicht und in **W. W.** berechnen werden. Wenn das altgebackene Brot weniger wiegt als das neugebackene, so könne dieses nur von dem Verdünsten des darin befindlichen Wassers herrühren; das Wasser aber koste dem Bäcker nichts, daher man es auch gleich so bekommen solle, wie die Sägung für's altgebackene Brot ist. **Wimmer** schlägt vor, eine Kommission niederzusetzen, die sich in mehrere Abtheilungen theile, und die Bäcker zu verschiedenen Tageszeiten inspizire; zugleich aber auch ihr Auge auf die Viktualienhändler richte, denen gewöhnlich die Bäcker das leichtere Brot verkaufen. **Dr. Gruby** will, daß jedem Mitglied die Karte als Legitimation diene, um eine Untersuchung anstellen zu können, und auch jedes Mitglied verpflichtet sein solle, die Bäcker und Viktualienhändler zu beaufsichtigen. Sowol dieses, als auch der Antrag **Wimmer's** wird zum Beschluß erhoben. Ferner soll die Quantität des Brotes durch eine aus Mitgliedern dieses Ausschusses und des Gemeindeausschusses bestehende Kommission beurtheilt, und die Resultate derselben sollen veröffentlicht werden. Jedes Ausschussmitglied soll ferner berechtigt sein, Lebensmittel, die zum Genuße nicht geeignet sind, durch die Marktpolizei konfisziren zu lassen; der Gemeindeausschuß aber soll davon benachrichtigt, zu gleicher Theilnehmung aufgefordert und ersucht werden, dieses öffentlich bekannt zu machen. **Ridiker** will, daß diese Beaufsichtigung auch aus Fleisch ausgebeht werde, was aber, als für die Mitglieder zu anstrengend, nicht angenommen wird. **Fici** schlägt vor, daß an jedem Orte, wo permanente Nationalgarde-Piquets sind, Fleischwagen aufgestellt werden, woselbst Jeder sein Fleisch nachwiegen lassen kann. **Innhäuser** zeigt an, daß eine Diebbande sich organisiert habe. Man möge daher eine Kommission ernennen, die sich mit der Polizei in Einvernehmen setze, und ihr die Vollmacht zum Handeln gebe. Nachträglich wird sie die Resultate bekennen machen. Wird bewilligt. Es wird angezeigt, daß ein Hauemeister gestorben sei und nicht begraben werden könne, weil er nicht so viel hinterlassen, um die Stola-gebühren bezahlen zu können.

Dr. Gruby trägt an zu bestimmen, daß Jeder der ein Armutshzeugniß hat, umsonst begraben werden könne. **Innhäuser**: Begraben werde Jeder umsonst, aber einen Leichenkondukt erhalten die Armen nicht. Eben so sei ihnen untersagt, in

ihrem eigenen Sarge weggeführt zu werden, es müsse dies im Armenfarge geschehen, was beim Volke große Unzufriedenheit erregt. **Dr. Gruby** erklärt, daß er geglaubt habe, es sollen auch die nöthigen Ceremonien unentgeltlich verrichtet werden; daher auch beschlossen wird, den Gesamtpfarrern zu befehlen, gegen ein Armutshzeugniß die Kosten des Leichenbegängnisses letzter Klasse zu erlassen. Nach dem Wunsche eines Mitgliedes wird noch hinzugefügt, solche Leichen vor dem Hochaltare einzufegnen. **Staubacher** beklagt sich über die in den Vorstädten immer mehr über Hand nehmenden Ragenmusiken, wobei in der Nacht vom 25. sogar die Nationalgarde und er selbst insultirt worden seien. Wird erklärt, daß der 8., 9. und 10. Bezirk sehr von den Ragenmusiken molestirt sei; daß es einmal Zeit wäre, ihnen entgegen zu treten. Er beantragt, daß die Lehrbuben zu Hause gehalten werden, wodurch die Ragenmusiken unmöglich werden. **Pfundbell** erzählt von einer Ragenmusik in Lerchensfeld, wo das Haus mit Koth beworfen, die Fenster zerschmettert, und dergestalt ein Eingriff ins Eigenthum geschehen. **Dr. Goldmark** klagt die Schusterbuben als Ursache der Ragenmusik an, es gehen diese darauf aus, die Nationalgarde zu beleidigen. **Reichmann**: Die Ragenmusiken rühren nicht bloß von den Schusterbuben her. So sei gestern in seinem Bezirke dem Grundrichter ein derlei Konzert gebracht worden, und zwar von Bürgern, weil er für die Pferde der Ordonanz Offiziere das Futter verweigert. **Hoser**: der Gegenstand werde zu humoristisch behandelt, er müsse sich dagegen aussprechen. Der Präsident schlägt vor, in einem Plakate, nicht drohend, aber freundlich von diesem Unzuge, wodurch die Nachtruhe der Bürger gestört werde, abzumahnern. **Dr. Wurd**: Die Serenaden stören auch. **Dr. Gruby**: Die Serenaden aber enden nicht mit Steinwürfen. Da vorgebracht wird, daß sich auch die Nationalgarde an derlei Demonstrationen zu betheiligen pflege, so soll dieselbe durch das Oberkommando in einem Tagsbefehle belehrt werden, daß derlei Demonstrationen ihrer unwürdig seien. **Goldschmid** will, daß nicht gerade die arme, schuglose Jugend Abends eingesperrt und verhindert würde, frische Luft zu schöpfen.

Singer beantragt Strafe gegen diejenigen, welche sich der Nationalgarde bei solchem Einschreiten widersehen. So sei gestern die Nationalgarde der Leopoldstadt, 60 Mann stark, beleidigt worden. Andere Mitglieder glauben, die Ragenmusiken entstehen aus den darüber gehegten humoristischen Ansichten. **Dr. Goldmark** gesteht zu, daß die Ragenmusiken als politische Demonstrationen oft nöthig seien, aber sie dürfen nicht bei Parteigehässigkeiten verwendet werden. Die Nationalgarde wolle nicht mehr ausdrücken, wenn die Buben schon bei Tage die Steine hinlegen, um Abends die Fenster einzuschlagen. Die Lehrbuben hätten um 12 Uhr Nachts nichts auf den Gassen zu thun. Daher sollen die Lehrherren durch ein Plakat aufgefordert werden, ihre Lehrlinge des Nachts zu Hause zu halten. Der Präsident beantragt in einem Plakate der Bevölkerung durch Ermahnern und Bitten von diesem unwürdigen Vorgehen abzurathen. **Freund** setzt hinzu, darauf hinzuweisen, daß man hoffe bei gebildeten Menschen das zu erreichen, was man bei den Arbeitern erreicht, nämlich durch Hinweisung auf die Unehrenhaftigkeit von einem Vorgange abzuhalten. Auch den Antrag, die Meister aufzufordern, ihre Lehrlinge zur Zeit der Thorsperrre zu Hause zu behalten, wird angenommen. Ein Ausschussmitglied beantragt, betreffs der mancherlei Schmähungen, welche gegen den Präsidenten dieses Ausschusses austauschen, und die wahrscheinlich aus dem Grunde geschehen, um dem so sehr befähigten Manne den Eintritt in die Reihe der Reichstagsdeputirten unmöglich zu machen, Mittel zu ergreifen, und zwar: Er-

stens: Ihm hier ein Vertrauensvotum zu geben, und an ihn die Bitte zu stellen, ferner im Präsidio zu bleiben; öffentlich aber in der Wiener Zeitung gegen den Freimüthigen und die Andern seines Gelächters aufzutreten, und für die Ehre und den guten Namen des Herrn Dr. Fischhof einzutreten. Der Präsident erwidert, bevor er ein solches Ehrlichkeitszeugniß nähme, wolle er lieber Arbeiter am Brunnelbade sein. Wenn ihn der Freimüthige verläumdete, so spreche die Sache selbst dagegen. Er thue ja als Präsident nichts, als was der Ausschuß will. Heitschke will, daß man den minder intelligenten Theil belehre. Dr. Schiel hält es für überflüssig. Wer sich reinige, sei schon untergegangen. Hof er glaubt, daß alle von der Reinheit des Präsidenten überzeugt seien, und daß die andern Zeitungs-Redakteure gegen den Freimüthigen auftreten sollen. Der Präsident: Die Residenz wird zwischen mir und Herrn Maler*) entscheiden. Valentin will, daß einzelne Mitglieder als Privats in den Zeitungen gegen derlei Verleumdungen auftreten. Schiel verliest Eingaben der Staatsdruckererei und des Herrn Kaffelsberger, Inhaber des typometrischen Instituts. Erstere beklagt sich, daß die Drucker den Gebrauch der Schnellpressen nicht dulden wollen. Letzterer, daß man seine Drucker zwingen wolle, höheren Lohn zu fordern. Schiel erklärt, daß er bereits gehört, die Drucker wöllen sich erheben und feiern. Da wir uns nun unser geistiges Brot nicht verkümmern lassen können, möge eine Kommission, bestehend aus 3 Gemeinde-Ausschußmitgliedern und drei Buchdruckern zusammentreten, um die Sache beizulegen. Schnellpressen seien bei den gegenwärtigen Bedürfnissen der Journale unentbehrlich. Die Staatsdruckererei sei eines der ersten Stablissemens in Europa und doch sei sie kaum im Stande, den Anforderungen des Ausschusses nachzukommen. Es sei also vollends eine Unmöglichkeit, ohne Schnellpressen fortzukommen. Eckart gibt Aufschluß, daß in der Staatsdruckererei die Gesellen bloß gegen das Lehrlingen-Unwesen protestiren; Herr Kaffelsberger aber, die bereits den Druckern gemachten und vom Ministerium bestätigten Zugeständnisse nicht halten will. Auf Antrag Dr. Schiels wird die Kommission dennoch beschlossen.

Abendigung vom 26. Juni. Reichmann will, daß ein Artikel aus dem Freimüthigen, welchen er vorgezeigt, verlesen werde. Er enthält eine Anklage gegen den Ausschuß, daß er das Volk verrathen und seine Rechte nicht gewahrt. Mit einer Kopfslosigkeit sonder Gleichen werden darin Forderungen gestellt, die der Ausschuß hätte realisiren sollen, obwohl die Möglichkeit, und zum Theil das Recht dagegen gewesen wären. Reichmann will, daß gegen diesen schamlosen Schreiber etwas geschehe. Man sei es der Würde des Ausschusses den Provinzen gegenüber schuldig. Vor Wien brauche man sich nicht zu entschuldigen; dieses kenne das Verfahren des Ausschusses zur Genüge. Der Präsident: Es sei bereits beschlossen, sich in Bänkereien nicht einzulassen. Freund: Dieses könne bloß von der Persönlichkeit des Präsidenten gelten; der Ausschuß als Behörde dürfe sich solches nicht gefallen lassen, sonst müsse nothwendigerweise sein Ansehen zu Grunde gehen. Der Präsident: Man könnte Herrn Maler keinen größeren Dienst leisten, als sich mit ihm in eine Kontroverse einlassen; der Ausschuß kann das Volk von Wien zum Zeugen rufen, ob er seine Rechte vernachlässigt oder nicht. Warhanek: Der Freimüthige werde doch immer viel gelesen. Er schleudere gegen den Ausschuß eine Reihe von Artikeln. Man möge die Sache

nicht fallen lassen, sondern den Redakteur vor's Preßgericht stellen. Professor Graff: Man muß diesen Menschen verachten. Graff: Jetzt seien die Anschuldigungen derart, daß Jeder sie als falsch erkenne, wenn er aber noch einmal austräte, so solle man ihn klagen. Dr. Wurda. Der Ausschuß hat überall die Gründe seines Verhaltens vorgelegt. Es sei kein Individuum desselben, das sich nicht das Zeugniß geben kann, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Mehr könne Niemand von uns fordern. Willner: Das Volk hat uns eingesezt, das Volk kann uns richten. Waren wir ungerecht, so kann und Jeder vor Gericht fordern. Pivani: Der Freimüthige ist, trotz seiner liberalen Färbung, ein Schmutzblatt, dessen Anklage nichts sage. Wäre ein anderes Blatt gegen den Ausschuß aufgetreten, so wäre es Pflicht gewesen, ihm zu antworten. Nach seiner Meinung könne sich der Ausschuß nicht einmal vor ein Gericht stellen. Wer soll dieses sein? Die Minister? Die würden den Ausschuß nicht verdammen, wenn er reaktionär ist. Der Reichstag? Wenn er schlecht zusammengefezt ist, trägt ja nach dem Freimüthigen, der Ausschuß die Schuld. Die Jury ist auf dieselbe Weise wie der Reichstag gewählt. Also gäbe es in den Augen des Freimüthigen, für den Ausschuß gar kein Gericht. Willner: Mit den Journalisten dürfe man sich nicht balgen, aber vor den Reichstag müsse man hintreten und Rechenschaft ablegen. Freund: Man verkenne den Standpunkt. Es handelt sich nicht darum, daß der Ausschuß, sondern, daß der Redakteur des Freimüthigen zur Verantwortung gezogen werde. Die Versammlung geht zur Tagesordnung über. Pivani verliest ein Ansuchen an das Ministerium, daß dem Ausschusse für die, seiner Deputation angethane schmählische Behandlung Genugthuung gegeben werde. Ferner, daß Graf Leo Thun und Fürst Windischgrätz von ihren Posten entfernt werden, und ein Garnisonswechsel eintrete. Als Ursache hiesfür wird angegeben, daß die Bande der Disziplin bereits gelockert seien, und Fürst Windischgrätz diese entweder nicht in's alte Geleise zurückführen kann, oder nicht zurückführen will.

Staubpacher widersezt sich diesem Passus; denn Fürst Windischgrätz sei bekanntlich Soldat genug, um die Disziplin herzustellen; aber der Soldat sei durch Anstrengung und Meuchelmord erbittert. Willner: Man beschimpfe die Ehre des Soldaten, wenn man behauptet, daß er durch Mühen seine Disziplin einbüße. Man solle dem Muthe des böhmischen Soldaten ein würdigeres Feld in Italien öffnen; und unsere humane Garnison nach Prag schicken, da wir ihrer in Wien nicht bedürfen.

Ein Ausschußmitglied, selbst Beamter, findet es unbegreiflich, wie Graf Thun, der selbst an diesen Ereignissen theilhaftig ist, an der Spitze der Untersuchung stehen könne. Der Untersuchungsrichter könne ja jede Spur des Vergehens vernichten; was denn da für eine Untersuchung heraus kommen würde, wenn Graf Thun sie leitet; da werde man niemals der Sache auf den Grund sehen. Jägermayer: Man soll die Armee nicht angreifen, die Disziplin sei nicht gelockert, der Soldat sei bloß gereizt. Wessely beweist aus den von der Deputation mitgetheilten Thatsachen, daß die Disziplin gelockert sei. Fürst Razivil: Wenn der Offizier seine Soldaten nicht mehr im Zaum halten könne, so sei doch die Disziplin gelockert? Heitschfeld: Wir hätten neulich gesehen, wie die Nationalgarde, die doch der gebildeten Volksklasse angehöre, nach zweitägigen Mühen kaum zu halten gewesen sei, um wie viel weniger ist dieses von den minder gebildeten Soldaten, nach wöchentlichem Strapaze zu erwarten.

*) Redakteur des Freimüthigen.

Jägermayer: Dieser Passus gründet sich auf die Aussage der Deputation; diese aber erkennt dieses Wort nicht an. Hätte sie ein Zeichen vor sich getragen, z. B. eine Fahne, (eine Stimme aus dem Parquet: Eine schwarz-gelbe). Jägermayer: Die Garnison von Prag hat gezeigt, daß sie nicht nur die schwarzgelbe, sondern auch die weiße Fahne zu achten weiß; und daß sie sie zu achten wußte, das war ihr Unglück. Hätte also die Deputation irgend ein Abzeichen des Parlamentärs vor sich her getragen, hätte man ihr ihre Waffen gelassen, so würde sie nicht so schmäzlich behandelt worden sein; so aber habe man sie als Gefangene angesehen. Wessely: Uns geht nicht die Ursache, sondern das Faktum an, und dieses bezeugt, daß die Bande der Disciplin gelöst seien. Freund: Man habe nach einem früheren Beschlusse den Wechsel der Garnison und des Kommando's von dem Berichte der Kommission über die böhmischen Angelegenheiten abhängig gemacht. Schiel kommt wieder auf die Stellung des Civilchefs, Grafen Thun, zurück, auf dessen Absetzung man bereits längst angetragen. Das Ministerium sei hierin noch keinen Schritt gegangen, noch scheine es einen Schritt gehen zu wollen. Es erinnere dieß an die Unregelmäßigkeiten in

der Gerichtspflege, wo man den Mindererschuldigen oft frei spricht, damit er gegen den Hauptschuldigen aussage; hier aber scheine man umgekehrt zu Werke zu gehen. Man spreche den Hauptschuldigen frei, damit er die Mindererschuldigen anzeige. Walemtin jun.: Das Militär in Prag stehe auf Seiten der Reaktionäre; Beweis dafür ihr Haß gegen die Wiener; der Ausruf: „Schlagt die Wiener Hunde todt!“ Es könne sich in Prag jetzt unmöglich eine demokratische Partei bilden. Jägermayer: Die Kommission über die böhmischen Angelegenheiten reiche nicht aus. Man möge das Ministerium anfragen, eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle zu senden. Ueber den Punkt: beim Ministerium anzufuchen, daß eine Kommission aus allen Parteien gemischt, nach Prag gesendet werde, entsteht eine kurze Diskussion, indem Jägermayer behauptet, die Kommission müsse über den Parteien stehen. Eckart will die verschiedenen Nationalitäten dabei vertreten. Dr. Schiel behauptet, Militärpersonen dürfen davon nicht ausgeschlossen sein, sonst werde man immer im Finstern herumtappen; daher dieser Punkt nochmals zur Redaktion übergeben wird.

(Fortsetzung folgt.)